

Grundsteuerreform: Bürgermeisterin schlägt Alarm

Gladbeck. Bettina Weist fordert in einem Brief an den Ministerpräsidenten Nachbesserungen bei der Grundsteuerreform. Bürger könnten Vertrauen in den Staat verlieren.

In einem mahnenden Brief wendet sich die Gladbecker Bürgermeisterin Bettina Weist (SPD) an NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU). Sie befürchtet, dass „die Menschen in unserem Land weiter das Vertrauen in die staatlichen Institutionen verlieren könnten“. Auslöser: die Grundsteuerreform.

„Bekanntlich arbeiten die Finanzämter und die Städte in Nordrhein-Westfalen derzeit intensiv an der Umsetzung des neuen Grundsteuermodells, damit zum 1. Januar 2025 die neuen Grundsteuerbescheide für alle Grundstücke ausgegeben werden können“, schreibt Weist an Wüst. Die meisten Oberbürgermeister/innen und Bürgermeister/innen hätten in diesem Zusammenhang immer darauf hingewiesen, dass in ihren Städten mit der Grundsteuerreform keine generelle Erhöhung der Grundsteuer verbunden sei. Deutlich gemacht worden sei, dass lediglich eine für die jeweilige Stadt aufkommensneutrale Anpassung der Grundsteuerhebesätze erfolgen werde. „Auch ich habe dies im Zusammenhang mit der Grundsteuerreform immer so kommuniziert“, so die Bürgermeisterin.

Auf diese Aussagen vertraue die Bürgerschaft. Weist verweist nun auf Medienbe-

richte, laut denen nach aktuellen Berechnungen Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern durchschnittliche Erhöhungen von rund 40 Prozent erwarten müssen. Dem gegenüber stehe bei Eigentümern von Geschäftsgrundstücken eine Entlastung von 37 Prozent.

Ihre Finanzexperten hätten ihr signalisiert, dass sich auch für die Grundstückseigentümer in der Stadt Gladbeck solche Entwicklungen abzeichnen. Und in den anderen kreisangehörigen Städten dürfte sich die Situation kaum anders darstellen. Weist fordert: „Hier muss dringend vom Land nachgesteuert werden!“

Land soll Mehrbelastungen verhindern

Ausdrücklich unterstützt die Bürgermeisterin die Forderung des Geschäftsführers des Städtetages NRW, Helmut Dedy, dass die Landesregierung die Grundsteuermesszahlen für Geschäftsgrundstücke anhebt und so diese systematischen Mehrbelastungen für Mieterinnen und Mieter sowie Wohnungseigentümer verhindert.

Bettina Weist: „Die aktuell im Raum stehende Ungleichbehandlung von Geschäfts- und Privatgrundstücken und die daraus resultierenden erheblichen finanziellen Belastungen von Mieterinnen und Mietern sowie Privateigentümern, verbunden mit dem Vertrauensverlust in die staatlichen Institutionen, könnten erneut viele Menschen in die Hände der Rechtspopulisten treiben.“



Gladbecks Bürgermeisterin Bettina Weist kritisiert Ungerechtigkeiten bei der Grundsteuerreform.

FOTO DPA, MHB